

## **„Feminisierung“ der Politik. Soziale Bewegungen gegen Austeritätspolitik in Spanien als Katalysator der politischen Partizipation von Frauen**

Nikolai Huke\* und Stefanie Wöhl\*\*

### **Zusammenfassung**

*Der Artikel analysiert Geschlechterverhältnisse in sozialen Bewegungen und neueren linken Parteien in Spanien infolge der Bewegung 15-M. Während explizit feministische Positionen und Identitäten teils nur zögerlich aufgegriffen wurden, so die These, waren die Organisationsformen der sozialen Bewegungen von „unbewussten“ Feminismen durchdrungen. Eine Politik der ersten Person, inklusive und interaktive Versammlungen sowie Infrastrukturen des Füreinander-Sorge-Tragens ermöglichten es, individuelle Bedürfnisse in kollektive Forderungen zu verwandeln. Alltägliche Krisenerfahrungen wurden dadurch politisiert und die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit verschoben. Dies führte zu einer vermehrten Partizipation von Frauen an sozialen Bewegungen, ein Effekt, der in neu entstandenen linken Parteien wie Podemos und Wahlplattformen, wenn auch zu einem geringeren Grad, andauerte.*

**Schlagwörter:** Gender, Demokratie, Verletzlichkeit, soziale Bewegungen, linke Parteien, Spanien

### **'Feminisation' of politics. Social movements against austerity in Spain as catalysts for the political participation of women**

#### **Abstract**

*The article analyses gender relations in social movements and new left parties in Spain following the M-15 movement. It argues that while activists have been hesitant to embrace explicit feminist demands and identities, the organisational 'grammar' of the protests was permeated by 'unconscious' feminisms. First person politics, inclusive and interactive assemblies and care infrastructures transformed individual concerns into collective demands. Experiences of increased vulnerability became political; boundaries between 'public' and 'private' were redrawn. The effect was a strong role of women during the protests (e.g. in struggles against evictions), which persisted, albeit to a lesser extent, throughout the subsequently emerging new left parties such as Podemos and electoral platforms.*

**Keywords:** gender, democracy, vulnerability, social movements, left parties, Spain

---

\*Nikolai Huke, Institut f. Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen. E-Mail: [nikolai.huke@uni-tuebingen.de](mailto:nikolai.huke@uni-tuebingen.de)

\*\*Stefanie Wöhl, Stadt Wien Kompetenzzentrum für European and International Studies, Fachhochschule des BFI Wien. E-Mail: [stefanie.woehl@fh-vie.ac.at](mailto:stefanie.woehl@fh-vie.ac.at)

„Wenn ich von Feminisierung der Politik rede, rede ich natürlich davon, dass es viel mehr Frauen in politischen und ökonomischen Entscheidungspositionen geben muss [...]. Aber nicht nur das [...]. Das Füreinander-Sorge-Tragen, das Leben und die Würde der Menschen als alleinige und höchste Priorität der öffentlichen Politik unserer Institutionen zu etablieren. Das ist Feminisierung der Politik.“ (Ada Colau 2015, Übers. d. Verf.)

## 1. Einleitung

Institutionen, Parteien und Funktionsprinzipien repräsentativer Demokratien sind, wie feministische demokratietheoretische Debatten zeigen, durch geschlechtsspezifische Selektivitäten gekennzeichnet. Habitualisierte Geschlechterrollen wirken als Zugangsbarriere oder Ermöglichungsbedingung politischer Partizipation. Exemplarisch verweisen Kreisky und Löffler (2009) auf das männlich dominierte Personal der staatlichen Apparate und dessen maskulinisierte Rekrutierungsmechanismen. Hoecker und Scheele (2008: 14 f.) konstatieren, dass die Doppelbelastung von Frauen durch Care- und Haushaltstätigkeiten ihre politische Partizipation deutlich erschwert. Gleichzeitig, dies lässt sich mit Bezug auf eine Studie von Koppetsch und Speck (2015) feststellen, werden Fürsorge- und Haushaltstätigkeiten durch ihre Verlagerung in die Privatsphäre individualisiert (d.h. sie erscheinen nicht als kollektives *politisches* Problem), de-thematisiert und desartikuliert. Quotenregelungen und Gender-Mainstreaming-Programme brechen dort, wo sie existieren und umgesetzt werden, diese Selektivitäten meist nur partiell auf, wobei die Geschlechterungleichheit in der Privatsphäre und deren negative demokratiepolitische Effekte häufig ausgeblendet bleiben (Hoecker/Scheele 2008: 14 f.).

Protestereignisse und soziale Bewegungen<sup>1</sup> sind demgegenüber durch weniger regulierte geschlechts-

1 Soziale Bewegungen begreifen wir als Formen der politischen Organisation, die in Sequenzen von Protestereignissen entstehen, diese vorantreiben und ihnen eine relative Kontinuität geben. Die Bewegungen konstituieren ein Gewebe sozialer Interaktion mit einem geringen Grad formaler Institutionalisierung. Teil der sozialen Interaktion in den Bewegungen sind vorgängige individuelle Alltagssprachen ebenso wie bereits zuvor existierende stärker institutionalisierte Organisationen und Gruppierungen (z.B. NGOs, organisierte Kollektive), wobei die Bewegungen die an ihnen Beteiligten transformieren, indem sie neue Formen der Solidarisierung und der kollektiven Artikulation etablieren.

spezifische Selektivitäten gekennzeichnet, woraus positive wie auch negative Effekte für eine geschlechtergerechte Demokratie resultieren können. *Erstens* können sie, da sie z.B. über eine ‚Politik der ersten Person‘ (Huke 2017a) eine größere individuelle Autonomie ermöglichen und offenere Sagbarkeitsfelder aufweisen, Artikulationschancen für institutionell desartikulierte oder marginalisierte Positionen und Subjekte eröffnen (Shahyar 2010). Das kann feministische Forderungen und „lebenslaufspezifische geteilte Problemlagen von Frauen“ (Hoecker/Scheele 2008: 15) ebenso betreffen wie radikal anti-feministische und anti-egalitäre Aussagen (z.B. durch PEGIDA). *Zweitens* politisieren und kollektivieren die Bewegungen teilweise zuvor ins Private verlagerte und individualisierte Bedürfnisse, während sie durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum etablierte Trennlinien zwischen Politischem und Privatem durchbrechen oder verschieben (Butler 2016). Daraus können – je nach Kontext und die Bewegungen tragenden Subjekten – neue Formen der intimen solidarischen Interaktion ebenso entstehen wie es zu einem Einbrechen patriarchaler Gewaltverhältnisse in den öffentlichen Raum kommen kann. *Drittens* können soziale Bewegungen als (präfigurative) Orte fungieren, in denen – vor allem von Frauen geleistete – Fürsorge- und Haushaltsarbeit zumindest temporär kollektiviert wird (Wöhl 2013). *Viertens* sind sie teilweise durch eine Aufwertung von Elementen eines ‚weiblich‘ kodierten Habitus, wie Emotionalität, soziale Nähe und affektive Bindungen, gekennzeichnet (Sitrin 2013). *Fünftens* können sie potenziell Artikulationsräume und Momente des Bruchs gegenüber – von materialisierter Ungleichheit durchzogenen – etablierten Organisationen und Institutionen öffnen. Übergreifend verschieben soziale Bewegungen damit bestehende geschlechtsspezifische „hierarchische Verfahrens- und Zugangsregeln“ (Sänger 2007: 21) des politischen Systems.

Die Literatur zu den Protestwellen der vergangenen Jahre (u.a. Arabischer Frühling, Occupy) spiegelt die geschlechterpolitische Offenheit sozialer Bewegungen: So ist der besetzte Tahrir-Platz in Ägypten ebenso ein Symbol für eine aktive Rolle von Frauen in sozialen Bewegungen (Bayat 2010) wie für sexualisierte Gewalt (Amnesty International 2013), während bei Occupy Wall Street etwa neue politisch inklusive „Körperallianzen“ (Butler 2016) und Experimente geschlechtergerechter Politik auf männlich-dominantes Redeverhalten trafen. Der vorliegende Artikel fokussiert vor dem Hintergrund dieser

Debatten Spanien als empirische Fallstudie. Ziel ist es, herauszuarbeiten, ob und inwieweit im Zuge der Protestwelle gegen Austeritätspolitik, die von den Platzbesetzungen der Bewegung 15-M im Jahr 2011 ausging, geschlechtsspezifische Selektivitäten der repräsentativen Demokratie kontrastiert, aufgebrochen und im Sinne einer geschlechtergerechten Politik verschoben wurden. Zudem werden Ermöglichungsbedingungen für derartige emanzipatorische Veränderungen identifiziert, indem die ‚Grammatik‘ der Bewegungen in den Blick genommen wird, d.h. Formen der sozialen Interaktion und der politischen Organisierung.

Veränderungen im Sinne einer geschlechtergerechten Politik bezeichnen wir mit Roth als ‚Feminisierung‘ von Politik. Dabei geht es

*„nicht nur [um] die Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen, sondern zugleich [um] eine Anerkennung und Aufwertung aller Arbeits- und Lebensformen [...], die mit Reproduktion zu tun haben und klassisch der Intim- und Privatsphäre und damit der Obhut des weiblichen Geschlechts zugeordnet sind.“*  
(Roth 1998: 52)

Der Artikel greift auf Ergebnisse aus zwei abgeschlossenen empirischen Forschungsprojekten zurück: „Sie repräsentieren uns nicht. Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien“ (Huke 2016; Huke 2017b) sowie „Beyond Defeat and Austerity: Disrupting the (critical political economy of) neoliberal Europe“ (Bailey et al. 2017). Für die Projekte wurden zwischen 2012 und 2015 über 80 qualitative problemzentrierte Interviews mit AktivistInnen geführt, zusätzlich wurde eine ergänzende Medienanalyse vorgenommen. Im Mittelpunkt des Artikels stehen das situierte Wissen und die Erfahrung der Aktiven selbst. Methodisch folgt die Analyse einem poststrukturalistischen sozialkonstruktivistischen Verständnis, das Forschung als ‚Kristallisierung‘, ‚Bastelei‘ oder ‚Montage‘ begreift. Dem Forschungsprozess, so die These, wohnt notwendig und unhintergebar ein subjektives Moment inne. Kristallisierung, Bastelei und Montage ermöglichen es mit Denzin und Lincoln, Texte entstehen zu lassen, die eine Rigorosität, Breite, Komplexität, Reichhaltigkeit und Tiefe aufweisen, die es den RezipientInnen ermöglichen, in der Interpretation ein bedeutsames Ganzes herzustellen (Denzin/Lincoln 2008: 7). Ziel ist eine selektive Plausibilisierung, in der Zitate aus Interviews illustrativ in die Rekonstruktion der empirischen Entwicklungen und deren theoretische Verdichtung eingebunden werden.

## 2. Geschlechtsspezifische Selektivitäten der repräsentativen Demokratie in Spanien

Mit Blick auf geschlechtsspezifische Selektivitäten der repräsentativen Demokratie in Spanien werden sowohl anti-egalitäre Kontinuitäten als auch die Möglichkeit einer inkrementellen ‚Feminisierung‘ von Politik sichtbar. An dieser Stelle kann keine umfassende Analyse der Selektivitäten geleistet werden, diese sollen hier lediglich an drei zentralen Aspekten illustriert werden:

- *Unterrepräsentation:* Frauen sind gegenüber Männern in Parlamenten und Institutionen der repräsentativen Demokratie in Spanien nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Die politische Partizipation hat sich zwar in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angenähert, bleibt aber ungleich. Mit dem *Ley Orgánica 3/2007, de 22 de marzo, para la igualdad efectiva de mujeres y hombre* müssen alle Wahlvorschläge mindestens einen Frauen- und Männeranteil von vierzig Prozent aufweisen (Aldeguer Cerdá 2015). Da Männer auf aussichtsreicheren Listenplätzen platziert wurden, liegt der Frauenanteil im aktuellen spanischen Parlament bei zahlreichen Parteien deutlich darunter (z.B. rechtskonservative PP: 37,95 %, sozialdemokratische PSOE: 31,7 %, rechtsliberale Ciudadanos: 21,87 %) (La Vanguardia, 19.07.2016). Politische Führungspositionen (z.B. Kommissionsvorsitzende) sind noch weitaus stärker männerdominiert (El Español, 19.11.2016). Zudem wurden Gleichstellungsinstitutionen seit 2008 häufig in andere Ministerien integriert oder gleich ganz abgeschafft: Im März 2007 wurde zwar ein Gesetz vom Parlament verabschiedet, das die Gleichheit zwischen Männern und Frauen fördern sollte, und ein Gleichstellungsministerium eingerichtet, das gleichstellungspolitische Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2011 fördern sollte. Dieses Ministerium wurde aufgrund von Sparvorgaben im Oktober 2010 jedoch wieder eingestellt (Castellanos Serrano/González Gago 2013: 211).

- *Ungleiche Belastung durch Haushalts- und Fürsorgetätigkeiten:* 83 % der unbezahlten Haushalts- und Fürsorgearbeit wurde 2009 von Frauen geleistet (Orozco 2010: 134). Da sich die Arbeitsmarktintegration von Frauen – von einem aufgrund der konservativ-christlichen Prägung der Franco-Diktatur im EU-Vergleich sehr niedrigen Niveau aus – erhöhte, stieg die Gefahr einer Doppelbelastung von Frauen (Moreno 2006: 3). Der Anteil der Hausfrauen in Spanien blieb weiter auf einem hohen Niveau, selbst bei jungen Frauen zwischen 25 und 29 Jahren (Cousins 1995: 188). Mütter

gingen deutlich seltener einer Erwerbstätigkeit nach als Frauen ohne Kinder (León/Migliavacca 2013: 34). Drei von vier arbeitende Mütter wurden durch ein Familienmitglied in der gleichen Ortschaft unterstützt, in mehr als der Hälfte der Fälle von ihrer eigenen Mutter (Moreno 2006: 5). Die Doppelbelastung erschwert es Frauen, sich am politischen Prozess zu beteiligen (Lux/Wöhl 2015). Gleichzeitig haben seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 viele Migrantinnen ihre Anstellungen in Privathaushalten wieder verloren (Herrera 2012).

- *Politische De-Thematisierung von Haushalts- und Fürsorgetätigkeiten*: Zentrale Bestandteile sozialer Sicherung wie die Pflege von Angehörigen finden außerhalb des staatlichen institutionalisierten Wohlfahrtssystems im familiären Bereich statt (León/Migliavacca 2013: 26). Staatliche Unterstützungsleistungen für Familien sind ebenso schwach ausgeprägt wie Bildungs- und Betreuungsangebote für Kleinkinder (Kitas etc.) oder Altenpflegeeinrichtungen (Calero/Bonal 2004: 240). Für die in der Mehrzahl weiblichen Pflegenden ist die Familiarisierung der Fürsorgearbeit mit gravierenden gesundheitlichen Konsequenzen – etwa signifikant erhöhten Risiken für stressbedingte Krankheiten – verbunden (Navarro 2004: 16). Mit dem Pflegegesetz (Ley 39/2006) wurde ab 2007 zwar ein Anspruch auf Pflegegeld etabliert. Das Gesetz führte jedoch aufgrund zahlreicher Mängel und vor allem einer chronischen Unterfinanzierung nur begrenzt zu einer De-Familiarisierung der Fürsorgearbeit (León/Migliavacca 2013: 36; Navarro 2004: 15). Der private Bereich und die in ihm entstehenden Probleme und Konflikte, von denen Frauen deutlich überproportional betroffen bleiben, werden innerhalb der wohlfahrtstaatlichen Arrangements in Spanien politisch relativ thematisiert.<sup>2</sup>

Zusammenfassend privilegieren die geschlechtsspezifischen Selektivitäten der repräsentativen Demokratie in Spanien damit politische Erfahrungen und lebenslaufspezifische geteilte Problemlagen von Männern, während die Rekrutierungsmechanismen von

<sup>2</sup> Hinzu kommt, dass Frauen in der Tendenz und seit 2008 deutlich häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, deren spezifische Problemlagen politisch kaum reguliert und bearbeitet werden und die auch von den Akteuren der industriellen Beziehungen (z.B. Gewerkschaften) schwächer thematisiert werden (vgl. Wöhl 2015; Huke 2017b). Damit werden Erfahrungen von Frauen nicht nur im Privathaushalt, sondern auch im beruflichen Umfeld politisch desartikuliert.

Parteien und Institutionen sich zwar graduell einer egalitären Partizipation annähern, jedoch nach wie vor maskulinisiert bleiben. Dort, wo gesellschaftliche Gleichstellungsprozesse stattfinden – z.B. die steigende Bildungs- und Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, wenn auch in prekären Beschäftigungsverhältnissen –, übersetzen sie sich nur in fragmentierter und zeitverzögerter Form in eine egalitäre demokratische politische Beteiligung, da die staatlichen Institutionen durch ihre materielle Dichte (z.B. bürokratische Verfahrensweisen, Rekrutierungsmechanismen, Habitus) eine relative – geschlechtsspezifisch selektive – Eigendynamik entwickeln, die durch eine von geschlechtsspezifischen Zuschreibungen durchdrungene politische Sozialisation verstärkt wird. So war etwa Umfragen des Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) zufolge das politische Interesse von Männern in Spanien deutlich ausgeprägter als jenes von Frauen (García Escribano/Frutos Balibrea 1999).<sup>3</sup> Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 haben sich zudem Arbeitsverhältnisse für Frauen prekariert, vielfach mussten Frauen in Privathaushalten zusätzliche nicht entlohnte Reproduktions- und Sorgearbeiten wieder aufnehmen, die sie zuvor an bezahlte Arbeitskräfte ausgelagert hatten (Lux/Wöhl 2015; Wöhl 2015).

### 3. Geschlechtsspezifische Selektivitäten der spanischen sozialen Bewegungen im Kontext der Eurokrise

Im folgenden qualitativen Teil des Artikels zeigen wir, dass soziale Bewegungen gegen die Folgen von ökonomischer Krise und Austeritätspolitik in Spanien diese geschlechtsspezifischen Selektivitäten partiell durchbrachen, indem sie alltägliche – zuvor privatisierte und politisch desartikulierte – Erfahrungen zum Ausgangspunkt von Forderungen machten, offene Formen der Partizipation etablierten und sich einer inklusiven, solidarischen Grammatik des Füreinander-Sorge-Tragens verpflichteten. Mit der parteipolitischen Re-Institutionalisierung der Bewegungen verengten sich die geschlechtsspezifischen Selektivitäten partiell wieder, wobei die neuen Parteien und Wahlplattformen durch

<sup>3</sup> Das Problem intensiviert sich durch die Rolle supranationaler europäischer Institutionen im politischen Prozess, die zwar durch feministische Kämpfe und Gender-Mainstreaming seit den 1990er-Jahren eine relativ offene geschlechtsspezifische Selektivität aufwiesen, sich jedoch im Zuge der autoritären Austeritätspolitik in der Eurokrise re-maskulinisierten (Scheele 2011).

eine deutlich stärkere Rolle von Frauen gekennzeichnet sind als die etablierten Parteien. Empirisch greifen wir dazu auf Beispiele wie die Bewegung des 15. Mai, in der sich die inklusive Grammatik, die die spanische Protestwelle kennzeichnete, in einem umkämpften Prozess herausbildete, die Bewegungen gegen Zwangs-räumungen, in der sich die ‚Feminisierung‘ der Politik am stärksten zeigte, und schließlich auf den parteipolitischen Institutionalisierungsprozess zurück, im Zuge dessen es zu einer partiellen Re-Maskulinisierung von Politik kam. Im Mittelpunkt der Analyse stehen dabei nicht explizit feministische oder geschlechterpolitische Forderungen, sondern Formen der sozialen Interaktion, die ermöglichend auf die demokratische Partizipation von Frauen und die politische Artikulation von Konflikten im Bereich der Haushalts- und Fürsorgetätigkeiten wirkten.

### 3.1 Inklusive Grammatik und umkämpfte feministische Positionen. Die Bewegung 15-M

Als Bewegung des 15. Mai (15-M) werden Formen politischer Organisation bezeichnet, deren Ausgangspunkt die Platzbesetzungen infolge der Demonstration „Wir sind keine Waren in den Händen der Politiker und Banker“, die am 15. Mai 2011 in zahlreichen spanischen Städten parallel stattfand, bilden. Vor dem Hintergrund der Frage nach geschlechtsspezifischen Selektivitäten politischer Partizipation ist die Bewegung in zweierlei Hinsicht interessant: Erstens, weil sie eine inklusive politische Grammatik entwickelte, die sich empirisch ermöglichend auf eine egalitäre Partizipation von Frauen auswirkte; zweitens, weil explizit feministische Forderungen innerhalb der Bewegung umkämpft blieben und trotz der inklusiven Grammatik teils patriarchale Kontinuitäten, durch die Erfahrungen und Forderungen von Frauen desartikuliert und sichtbar wurden.

Die Platzbesetzungen reagierten auf die drastische Verschlechterung der alltäglichen Lebensbedingungen der spanischen Bevölkerung infolge der ökonomischen Krise und der von der spanischen Regierung vorangetriebenen Austeritätspolitik (Huke 2017b). Sie artikulierten eine zuvor de-thematisierte und privatisierte Unzufriedenheit sowie alltägliche Krisenerfahrungen. Ausgehend von den Platzbesetzungen entstanden zahlreiche, zumindest für einen gewissen Zeitraum regelmäßig stattfindende Vollversammlungen und politische Kollektive (Huke 2016). 15-M entwickelte eine inklusive politische Grammatik, zu deren Kenn-

zeichen konsens- und partizipationsorientierte Verfahren, eine Politik der ersten Person und emotionale Nahbeziehungen zählten. Die Vollversammlungen und Kollektive der Bewegung fungierten als Orte des Austauschs über Krisenerfahrungen (u.a. Arbeitslosigkeit, Zukunftsunsicherheit, Zwangsräumungen), die zuvor nicht selten als individuelles Scheitern wahrgenommen wurden. Ausgehend von den zuvor individualisierten alltäglichen Problemen entstanden kollektive politische Forderungen, „neue Formen von Solidarität und Gemeinsamem“ (Hark et al. 2015: 100) wurden experimentell erkundet, wodurch die „atomisierende [...] Individualisierung von Verletzbarkeiten“ (Woltersdorff 2011: 213) partiell durchbrochen werden konnte.

Die Bewegung, erklärte die *Comisión de Feminismos de Sol*, sei in ihren alltäglichen Praktiken durchzogen von „(manchmal unbewussten) Feminismen [...]: wir sorgen gemeinsam für den Alltag, für ein Dach über den Kopf, Essen, Sonnencreme ...“ (Comisión de feminismos de sol 2011: 5, Übers. d. Verf.). In den Praktiken des kollektiven Füreinander-Sorge-Tragens vollzieht sich für die Aktiven der Bewegungen ein Bruch mit der neoliberalen Logik einer individuellen Verantwortung für persönliches Scheitern, Prekarität und Verarmung, aber auch ein Bruch mit der Privatisierung sozialer Probleme und sozialer Reproduktionsarbeit, die insbesondere diejenigen trifft, die Haushalts- und Fürsorgetätigkeiten leisten. Vor 15-M, erklärt eine Aktivistin, war Politik als solidarischer Sorge-Tragen „komplett unterminiert. Als ob es niemanden interessieren würde. Die dominante Idee ist, dass jeder sich um seine eigenen Probleme kümmert. Die Sorgen anderer Leute sind ihr Pech. [...] 15-M stellt das in Frage“ (Aktivistin zit. nach Grueso 2013, Übers. d. Verf.). Die Platzbesetzungen, ergänzt ein anderer Aktivist, „tragen für uns Sorge. Tatsächlich, die ganze Erfahrung von 15-M [...] trägt für uns Sorge“ (Aktivist zit. nach Grueso 2013, Übers. d. Verf.). Empirisch ging die inklusive und solidarische Grammatik der Bewegung mit einer relativ egalitären Partizipation von Frauen einher, die in deutlichem Kontrast zu stärker männerdominierten linken Kollektiven der Periode vor 15-M, aber auch den geschlechtsspezifisch selektiven Parteien und Institutionen der repräsentativen Demokratie stand (Huke 2016). Mit Bezug auf Umfrageergebnisse des CIS lässt sich dies unter anderem darauf zurückführen, dass junge Frauen in Spanien empirisch Formen der politischen Organisation (z.B. Stadtteilarbeit) bevorzugen, die durch eine unmittelbare soziale Interaktion geprägt sind (García Escribano/Frutos Balibrea 1999: 320). Männer sprachen bei 15-M jedoch nach wie vor öfter

und lauter und nahmen häufiger Führungsrollen ein (Castellanos et al. 2011: 111–112).

Feministische Aktive spielten innerhalb von 15-M von Beginn an eine Rolle. In Madrid war bereits an der ersten Besetzung am 15. Mai eine Aktivistin aus einem queeren Kollektiv beteiligt, am Abend des 16. Mai wurde eine feministische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Auch in anderen Städten wie Barcelona, Valencia oder Sevilla entstanden feministische Kommissionen oder Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen engagierten sich unter anderem gegen „mikromachistische“ Praktiken im Zuge der Camps und Vollversammlungen, etwa dominantes Redeverhalten, sexistische und machistische Sprache, paternalistisches Verhalten oder unerwünschte Berührungen. Darüber hinaus setzten sie sich dafür ein, feministische Inhalte wie das Recht auf Abtreibung zu einem integralen Teil der Forderungen von 15-M zu machen (Huke 2016).

Zu Beginn der Platzbesetzungen kam es teilweise zu Auseinandersetzungen zwischen feministischen Aktiven und anderen Beteiligten, die nicht zuletzt durch die scheinbar post-ideologische Prägung von 15-M akzentuiert wurden (Calvo/Alvarez 2015). Ein Beispiel hierfür war der Konflikt um ein Banner, das an der Puerta del Sol in Madrid an einer Hausfassade enthüllt wurde:

*„Ein paar Frauen, in denen viele Mitglieder [des feministischen Kollektivs] [...] Eskalera Karacola sahen, begannen einen enorm großen Slogan aufzuhängen, der besagte ‚La revolución será feminista‘ [Die Revolution wird feministisch sein]. Der Platz applaudierte enthusiastisch jedes Mal, wenn die Frauen, die auf dem Gerüst kletterten, ein neues Wort aufhängten: ‚La‘, sehr gut, Applaus-salve, großer revolutionärer Enthusiasmus; ‚revolución‘, super, Applaus-salve, großer revolutionärer Enthusiasmus, zustimmende Rufe ‚das ist eine Revolution, ja‘; ‚será‘, sehr gut, Applaus-salve, großer revolutionärer Enthusiasmus ... ‚feminista‘, Schock, ungemütliche Stille, ein paar unentschiedene Applause, aber ein großer Teil des Platzes [...] fängt an zu buhen und gegen das Wort anzuschreien, das nichts mit revolutionär zu tun hat‘. Die Feministinnen [...] sind perplex und kommen etwas fassungslos herunter. Dann steht ein junger Mann, ein beschissener Machist, auf und reißt unter großem Jubel das Wort feministisch vom Banner ab. Danach richtet er sich an das Publikum auf dem Platz und macht die Geste eines Gorillas, schlägt sich auf die Brust, in klarer Referenz an einen dominanten Macho.“ (Lily 2011, Übers. d. Verf.)*

Die feministische Kommission der Platzbesetzung in Madrid reagierte auf das Ereignis, indem sie in allen

anderen Kommissionen die Notwendigkeit erklärte, feministische Diskurse zu integrieren. Darüber hinaus verlas sie eine Protestnote über die zur Kommunikation auf dem Platz aufgestellten Lautsprecher, die von den Anwesenden positiv aufgenommen wurde, und brachte ein feministisches Manifest in die allgemeine Vollversammlung ein, das dort ebenfalls begrüßt wurde (Comisión de feminismos de sol 2011: 6–7).

Die Platzbesetzungen gingen für viele Frauen mit einem Gefühl der Unsicherheit einher, welches durch die Gefahr sexueller Übergriffe, aber auch andere Formen machistischen Verhaltens während der Camps ausgelöst wurde. Im Verlauf der Bewegung wurde zudem deutlich, dass die ‚unbewussten‘ Feminismen bzw. alltäglichen Praktiken des solidarischen Füreinander-Sorge-Tragens innerhalb von 15-M nur begrenzt mit explizit feministischen Positionen und Identitäten einhergingen, woraufhin ein Teil der feministischen und queeren Aktiven zu stärker identitätsbasierten Politikformen zurückkehrte (Calvo/Alvarez 2015: 119).

### 3.2 Kollektiv füreinander Sorge tragen. Die spanischen Bewegungen gegen Zwangsräumungen als ‚Feminisierung‘ von Politik

Prägnantestes Beispiel der inklusiven Grammatik der sozialen Bewegungen gegen Austeritätspolitik in Spanien und ihrer ‚feminisierenden‘ geschlechterpolitischen Implikationen ist jedoch nicht 15-M, sondern die durch 15-M katalysierte kollektive Organisation gegen Zwangsräumungen. Die Kämpfe reagierten auf Zwangsräumungen im Zuge der Krise aufgrund von Hypothekenschulden, die durch die fehlende Möglichkeit einer Abtretung an Zahlungsstatt im spanischen Hypothekenrecht mit einer massiven und auf Dauer gestellten Überschuldung der Haushalte einhergingen. Organisatorischer Knotenpunkt der Bewegung war die Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH),<sup>4</sup> in die sich auch Wohnraumkommissionen und -arbeitsgruppen der Bewegung 15-M integrierten (Huke 2016; Lux/Wöhl 2015). Für die Frage nach geschlechtsspezifischen Selektivitäten politischer Partizipation ist die soziale Bewegung gegen Zwangsräumungen aus zwei Gründen interessant: *Erstens* war sie durch eine auffällig starke Rolle von Frauen geprägt, die in den meisten Gruppen die Mehrheit stellten und zentrale Sprecherinnenpositionen einnahmen (Colau 2014a; Marín 2015); *zweitens* politisierte sie zumindest in Ansätzen die Überlastung

4 Plataforma de Afectados por la Hipoteca.

wesentlich von Frauen getragener familiärer Solidarstrukturen im Zuge der Krise, indem sie alltägliche Leiderschaften in den Mittelpunkt ihrer politischen Mobilisierung stellte. Zentral hierfür ist wie schon in der Bewegung 15-M eine Praxis des kollektiv Füreinander-Sorge-Tragens.

Hypothekenschulden sind in Spanien im Kontext der ökonomischen Krise und ihrer Austeritätspolitischen Bearbeitung ein zentrales Beispiel für eine atomisierende Individualisierung von Verletzbarkeiten. Zinsen unterhalb der Inflationsrate, ein schwaches soziales Sicherungssystem sowie das Fehlen von Mietwohnungen und sozialem Wohnbau ließen den privaten Erwerb von Wohnraum für viele SpanierInnen alternativlos erscheinen. Der spanische Staat propagierte aktiv private Verschuldung, um Hypotheken aufzunehmen (Huke 2017b). Obwohl es sich bei den Hypothekenschulden damit um ein gesellschaftliches Problem handelte, waren diese für die Betroffenen mit starken Schuldgefühlen verbunden und wurden als individuelles Scheitern erlebt. Das Problem wurde dadurch individualisiert und depolitisiert:

*„Wenn eine Betroffene zur PAH kommt, kommt sie zerstört, mit Scham und einem Gefühl der Schuld, sie hat nicht das Profil des politischen Subjekts, das bereit ist, sich zu mobilisieren, Vollstreckungsbeamten und der Polizei die Stirn zu bieten, um ihre Zwangsäumung zu verhindern.“ (Macías 2013: 47)*

Die Überschuldung der Privathaushalte führte zu Konflikten innerhalb der Haushalte. Männern fiel es schwerer, so die Beobachtung der Aktiven der PAH, Arbeitslosigkeit und die Abwertung der eigenen Arbeitskraft zu bewältigen und die damit einhergehenden Probleme zu artikulieren (Colau 2014a; Pulido Castro 2014). Die Prozesse im Zuge der Eurokrise lassen sich als „partielle Entstrukturierung“ und „Erschöpfung“ männlicher und vergeschlechtlichter Herrschaft [fassen], weil die traditionelle Rolle des männlichen Familienernährers auch dann nicht mehr gegeben ist, wenn sie von den Beteiligten gewünscht wird“ (Woltersdorff 2011: 209). Die sozialen Bewegungen gegen Zwangsäumungen wurden in der Folge vor allem von Frauen getragen, so wurden die erste Besetzung einer *corrala*<sup>5</sup> in Sevilla von einer Gruppe von Frauen organisiert und angeführt:

*„Wir standen vielen deprimierten Männern gegenüber, die ihren Haushalt fluchtartig verlassen hatten, oder Fällen von Alkoholismus und Krankheiten, weil sie keinen Ausweg wussten, inklusive einem Anstieg geschlechtsspezifischer Gewalt. Die Frauen, im Gegensatz dazu, die es gewohnt sind, Lösungen für den Alltag zu suchen, vor allem wenn sie Kinder haben, überlegten nicht, sondern nahmen die Zügel in die Hand und sagten: ‚Mit wem muss verhandelt werden? Mit wem muss gekämpft werden?‘“ (Colau 2014a, Übers. d. Verf.)*

Die konkrete Organisation der Kämpfe um Wohnraum begünstigte ebenfalls eine Beteiligung von Frauen, etwa da Treffen und Aktionen während der Schulzeit stattfanden oder Kinder zu den Vollversammlungen mitgebracht werden konnten (Marín 2015). Kernelement der Kämpfe um Wohnraum waren – wie in der Bewegung 15-M – basisdemokratische Vollversammlungen, in denen alle grundlegenden strategischen und politischen Entscheidungen getroffen wurden. Herzstück der Vollversammlungen war die kollektive Beratung (*asesoramiento colectivo*). Erfahrenere Aktive informierten hier zunächst über den Ablauf des Zwangsäumungsprozesses und mögliche Handlungsoptionen. Anschließend bestand für Hypothekenbetroffene die Möglichkeit, individuelle Probleme und Strategien der Gegenwehr kollektiv zu besprechen. Ziel der kollektiven Beratung war es, die Betroffenen als aktive Subjekte und nicht als passive Opfer einzubinden. Die Betroffenen nahmen selbst die Rolle von Beratenden und Wissensvermittelnden ein (Macías 2013: 47). Die Vollversammlungen fungierten als Schutzraum, in dessen Rahmen die Betroffenen Ängste, Sorgen und Zweifel artikulieren konnten. Wie ein Aktivist der PAH erklärt, entstand dadurch

*„ein Gemeinschaftsgefühl und es werden Verbindungen der Solidarität und der Kameradschaft aufgebaut. Hier ist es, wo die Betroffenen verstehen, dass es ein kollektives Problem ist, dass es kein persönliches Scheitern ist und dass der Lösungsweg im kollektiven Kampf besteht. Die Betroffenen erleben einen Prozess der Befreiung von individuellen Schuldgefühlen [desculpabilización], der notwendig ist, um sich selbst zu ermächtigen. Es gibt eine emotionale Ermächtigung, in der Schuldgefühle, Scham und Ängste zurückgelassen werden [...]. Die kollektive Beratung ist sogar eine psychologische Therapie, dort ist es, wo sie [die Betroffenen] gestärkt werden und sich befähigt sehen, gegen die Bank zu kämpfen, ihre Zwangsäumung zu stoppen oder die von anderen.“ (Macías 2013: 47, Übers. d. Verf.)*

Ähnlich wie 15-M ist die PAH durch eine Politik der ersten Person geprägt, die sich auf das Teilen

<sup>5</sup> Als *corralas* wurden in der Region Andalusien während der Krise besetzte Häuserblocks bezeichnet, die unter anderem Wohnraum für von Zwangsäumungen betroffene Familien boten.

von intimen individuellen Lebensgeschichten stützt. Grundlage der Kämpfe um Wohnraum war eine solidarische Politik der Zuneigung, die sich an den Bedürfnissen und an der Geschwindigkeit der Betroffenen orientierte:

„Ein zentraler Aspekt der PAH ist es, dass die Leute, die kommen, vom ersten Tag an voll Teil der PAH sind, genauso Teil der PAH wie jemand, der von Anfang an dabei ist. [...] [D]ie PAH ist sich bewusst, dass es ein Teil ihrer Funktion ist, zu bewirken, dass sich die Leute besser fühlen. Lange bevor sie ihr Problem mit der Bank lösen, fangen sie an, schlafen zu können oder erlangen ihre Lebenslust zurück. Deshalb wird für den Empfang der Leute, die zum ersten Mal kommen, für das Zuhören, für den Respekt, wenn sie weinen [...], Sorge getragen.“ (Marín 2015: 2f., Übers. d. Verf.)

Dem Empfang und der Einbindung neuer Betroffener kam besondere Aufmerksamkeit zu. Durch kollektives Füreinander-Sorge-Tragen schafften die Kämpfe um Wohnraum für die Betroffenen

„eine alltägliche Routine [...] konstanter Arbeit in der Gruppe, die sich von der, die sie normalerweise haben, komplett unterscheidet. Dass sie sich in vielen Fällen mit den gleichen Leuten treffen und zusammenarbeiten und dass fast eine Art Familiengefühl geschaffen wird. Tatsächlich reden viele Leute, die dorthin kommen, von der Familie der PAH oder den Freunden von der PAH.“ (Interview Asamblea de Vivienda Centro, Madrid, 17.03.2014, Übers. d. Verf.)

Das Problem der Hypothekenschulden, das als individuelles Scheitern in der intimen und privaten Sphäre erlebt wurde, wurde in ein soziales Problem, das öffentlich politisch angegangen werden muss, transformiert (Colau 2014a; Marín 2015: 2). Personen kamen mit einem individuellen Problem zu den Vollversammlungen und begannen, die eigenen Versuche einer Lösung des Problems in kollektive Auseinandersetzungen einzubetten sowie neue Leute zu begleiten, die mit individuellen Problemen kamen. Die sozialen Bewegungen gegen Wohnraum waren dadurch mit einem Prozess der politischen Selbstermächtigung verbunden, in dem vor allem Frauen zu aktiven und handlungsfähigen politischen Subjekten wurden. Die PAH, erklärt exemplarisch eine Aktivistin, „gibt dir die Kraft zurück, du merkst nicht, wie du von einer Betroffenen zur Aktivistin wirst“ (Aktivistin zit. nach Macías 2013: 47, Übers. d. Verf.).

Indem das individualisierte und privatisierte Problem von Zwangsräumungen politisiert und zum Gegenstand kollektiver Diskussionen gemacht wurde,

gerieten auch Konflikte innerhalb der Privathaushalte in den Blick, mit dem Effekt, dass de-thematisierte und politisch desartikulierte Macht- und Herrschaftsverhältnisse öffentlich sichtbar wurden, etwa

„wenn du zur Begleitung einer Familie gehst und siehst, wie der Mann die Frau überhaupt nicht reden lässt. Auch wenn diese Frau in vielen Fällen diejenige ist, die zu den Vollversammlungen kommt [...]. In diesen Momenten einzugreifen [...], ist sehr schwierig. [...] Du arbeitest mit Leuten die in sehr krassen Problemen stecken, und das intensiviert auch Beziehungsprobleme.“ (Interview Asamblea de Vivienda Centro, Madrid, 17.03.2014, Übers. d. Verf.)

Ein Problem, mit dem sich die PAH auseinandersetzte, war die Verknüpfung von Hypothekenzahlungen mit geschlechtsspezifischer Gewalt. Wenn Frauen aufgrund von geschlechtsspezifischer Gewalt die Wohnung zugesprochen wurde, musste der Täter in der Regel weiterhin einen Teil der Raten für die Hypothek zahlen und konnte durch die Aussetzung seiner Zahlungen die Frau unter Druck setzen, da die Bank gegen die Frau vorging, wenn die Raten nicht komplett bezahlt wurden. Frauen waren gleichzeitig überdurchschnittlich stark von Armut betroffen, vor allem bei Trennungen geriet häufig die Rückzahlung der Hypothek in Gefahr (Pulido Castro 2014). Colau konstatiert deshalb, dass die Hypothek „für Misshandelnde ein sehr nützliches Instrument“ (Colau 2014a) sei.<sup>6</sup>

### 3.3 „Kollaborative und relationale Autorität“ oder „Ich und meine Eier“? Die ‚Feminisierung‘ der Parteipolitik am Beispiel von Barcelona en Comú und Podemos

Die sozialen Bewegungen in Spanien gegen die Folgen von ökonomischer Krise und Austeritätspolitik waren, so wurde in den beiden vorangegangenen Kapiteln gezeigt, mit einer umkämpften partiellen ‚Feminisierung‘ von Politik im positiven Sinne verbunden. Ihre inklusive Grammatik, ihr Fokus auf Verletzlichkeiten im privaten Alltag und die von ihnen etablierten Praktiken des Füreinander-Sorge-Tragens gingen mit politischen Selbstermächtigungsprozessen einher, von denen Frauen überproportional profitierten. Die sozialen Bewegungen und ihre breite gesellschaftliche Akzeptanz in der spanischen Bevölkerung machten

<sup>6</sup> Die Unterstützung für Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt wurde gleichzeitig im Zuge der Krise durch austeritätspolitische Kürzungen deutlich eingeschränkt.

sichtbar, dass eine gesellschaftliche Mehrheit gegen die austeritätspolitische Bearbeitung der ökonomischen Krise jenseits der etablierten Parteien existierte. Gleichzeitig, so die Erfahrung der sozialen Bewegungen, übersetzte sich diese Mehrheit nicht oder kaum in politische Veränderung innerhalb der staatlichen Apparate. Um die nicht-repräsentierten Einstellungen parteipolitisch zu kanalisieren und in politische Veränderungen innerhalb der staatlichen Institutionen zu übersetzen, entstanden neue Parteiprojekte und kommunale Wahlplattformen. Als sich die Bewegungen erschöpften und parteipolitisch institutionalisierten (u.a. durch Podemos und kommunale Wahlplattformen wie *Ahora Madrid* und *Barcelona en Comú*), kam es teilweise zu einer Re-Maskulinisierung von Politik, die geschlechtsspezifischen Selektivitäten näherten sich jenen der bestehenden Institutionen und Parteien der repräsentativen Demokratie an. Während die kommunalen Wahlplattformen weiterhin auf eine – von ihnen teilweise explizit als feministisch charakterisierte – „kollaborative und relationale Autorität“ (Colau zit. nach *Diagonal*, 02.12.2014, Übers. d. Verf.) setzten, war insbesondere Podemos als eine vertikale, ‚maskuline‘ politische Strategie konzipiert (Rivero 2015: 157). Die Geschlechterverhältnisse innerhalb der neuen Parteien und Wahlplattformen sind gegenüber den etablierten Parteien deutlich egalitärer, Frauen kommt in ihnen eine stärkere Rolle zu.

Zu Beginn des Jahres 2014 wurde das Projekt Podemos initiiert, wobei insbesondere SozialwissenschaftlerInnen der *Facultad de Ciencias Políticas* der *Universidad Complutense de Madrid* sowie die trotzkistische Kleinstpartei *Izquierda Anticapitalista* eine prägende Rolle spielten. Ziel war es, mit Podemos „eine Geste des Bruchs [zu erzeugen], die in der Lage ist, die Menschen zu begeistern“ (Iglesias 2014, Übers. d. Verf.). Hintergrund war nicht zuletzt die Analyse, dass es im Szenario der austeritätspolitischen Attacken und des durch die sozialen Bewegungen veränderten gesellschaftlichen Klimas notwendig sei, möglichst rasch eine Strategie der staatlichen Machtübernahme zu entwickeln, da die „Linke [...] Gefahr [läuft], einen großen Teil ihrer Räume der Repräsentation zu verlieren“ (Errejón 2013, Übers. d. Verf.). Jedwede Verzögerung könne „die Schließung dieser Öffnung provozieren“ (Ubasart González 2015, Übers. d. Verf.). Ziel müsse es daher sein, so Pablo Iglesias, durch entschlossene – geschlechterstereotyp als „maskulin“ begriffene – Führung eine Veränderung der gesellschaftlichen Situation zu erzwingen:

„Man kann dem, was es bedeutet zu den Wahlen zu gehen, auf eine maskuline Art gegenüberstehen: mit Eiern. Das heißt, dem Gegner zu sagen, hier sind wir – ich und meine Eier. [...] Es gibt eine andere Form die Politik zu sehen, die weiblicher ist. Davon auszugehen, dass wir verdammt noch mal verlieren, dass es keine Kraft für eine Gegenmacht gibt, dass der Staat ein komplexes Instrument ist, voller Widersprüche.“ (Iglesias zit. nach Rivero 2015: 157, Übers. d. Verf.)

Teil der Strategie von Podemos war es, potenziell nicht mehrheitsfähige Forderungen und Diskurse relativ zu marginalisieren, wovon auch feministische Forderungen betroffen waren. Exemplarisch stellte Carolina Bescansa aus der Führungsriege von Podemos fest, dass die Frage der Abtreibung kein politisches Transformationspotenzial biete und deshalb nicht prioritär sei (Calvo/Alvarez 2015: 120). Feministische Positionen waren innerhalb der Partei in der Folge kein Querschnittsthema, sie öffentlich sichtbar zu machen blieb prominenten Einzelpersonen wie Teresa Rodríguez vorbehalten. Nachdem Podemos zu Beginn vor allem über die Zirkel relativ basisdemokratische Organisationsformen aufwies, setzte sich im weiteren Verlauf zunehmend eine stärker institutionell geprägte Logik durch:

„In dem Maße, wie Podemos seine Funktionen einer Partei konsolidiert, muss sie die Logik der Bewegung zugunsten einer stärker institutionellen Logik aufgeben. Es werden Spannungen sichtbar zwischen den durch 15-M geprägten Formen und der Notwendigkeit, eine durch ihr politisches Projekt ‚kontrollierbare‘ Organisation zu schaffen; zwischen dem Regime der Repräsentation und dem bewegungsorientierten Sozialen.“ (*Diagonal*, 07.11.2014, Übers. d. Verf.)

Podemos näherte sich dadurch ‚klassischen‘ Parteistrukturen an, die wenig Offenheit für Experimente bieten und dazu tendieren, die eigene Organisationslogik gegenüber gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu privilegieren, da die verhärteten Strukturen interne Flügelkämpfe aufbrechen lassen (Urbán 2015). Die Vertikalisierung der Partei ging gegenüber den sozialen Bewegungen mit einer relativen Re-Maskulinisierung von Politik einher. Als Führungsfiguren der Partei wurden vor allem Männer wahrgenommen (u.a. Errejón und Iglesias). Gegenüber etablierten politischen Parteien kann Podemos jedoch durchaus als Moment einer geschlechtergerechten Politik angesehen werden, da die Partei auf eine strikte Quotierung von Wahllisten setzte (Calvo/Alvarez 2015: 120). Die Partei war dadurch – mit einem Frauenanteil von

49,29 % der Abgeordneten – im spanischen Parlament nahezu geschlechterparitätisch besetzt (La Vanguardia, 19.07.2016).

Eine deutlich horizontalere Strategie als Podemos verfolgten im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 2015 gegründete Wahlplattformen wie Ahora Madrid oder Barcelona en Comú. Treibende Kraft der Projekte waren zentrale Aktive der sozialen Bewegungen der vorangegangenen Jahre infolge der Bewegung 15-M. Ziel der Projekte war es, die bestehenden repräsentativen Institutionen nicht zu erneuern, sondern

*„die Krise der Repräsentation, die 15-M in Bezug auf einen konstituierenden und demokratischen Bruch geöffnet hat, zu vertiefen. [...] Letztendlich verstehen wir die institutionelle Politik als einen weiteren Bereich des Konflikts und der Sichtbarmachung der Spannungen unserer Städte.“ (Municipalia 2014, Übers. d. Verf.)*

Strategisch plädierten die Projekte im Gegensatz zu Podemos für eine Unterordnung der politischen Repräsentation unter soziale Bewegungen bzw. für eine Annäherung der Handlungsroutinen des Staates an die Bewegungen bzw. den Alltag der Bevölkerung insgesamt:

*„Nur die Partizipation der Leute, die die mareas, Bürgerschaftsversammlungen, Plattformen, Kollektive und Basisbewegungen aufrechterhalten, die sich elektoral auf demokratische Art und Weise artikulieren, kann einen Prozess der Demokratisierung der öffentlichen Politik von unten erreichen.“ (Municipalia 2014, Übers. d. Verf.)*

Die Verwirklichung von Demokratie, so die zugrundeliegende These, sei nicht nur abhängig von Partizipation, sondern benötige einen „großen, wenn nicht mehrheitlichen Teil der Bevölkerung, der sich unruhig, aktiv und bereit zur Selbstregierung zeigt. [...] Ohne diesen Gegenpart wird das municipalistische Projekt tot geboren werden“ (Observatorio Metropolitano 2014: 155, Übers. d. Verf.). Ziel war es, damit anzufangen, zu „entmystifizieren, dass die Übernahme der Macht vorrangig sei“ (Diagonal, 22.04.2014, Übers. d. Verf.). Die Initiative war ein Versuch, die „opaken und künstlich komplexen“ (Diagonal, 21.07.2014, Übers. d. Verf.) Staatsapparate lokal zu öffnen sowie „den Institutionen Macht zu nehmen und diese den Bewegungen zurückzugeben“ (Ganemos Madrid 2014, Übers. d. Verf.). Das Projekt „besteht nicht darin, dass wir einen Platz in den Institutionen erobern, sondern [darin] diese grundlegend verändern [zu] wollen“ (Colau 2014b). Teil der Strategie war auch eine feministische Konzeption politischer Autorität:

*„Wir haben es vom Feminismus seit langer Zeit gelernt: Gegenüber einer vertikalen, hierarchischen und maskulinen Macht, die Befehle von oben nach unten erteilt, funktioniert eine kollaborative und relationale Autorität viel besser [...].“ (Colau zit. nach Diagonal, 02.12.2014, Übers. d. Verf.)*

Statt auf eine Professionalisierung und Effizienzorientierung von Politik, wie die Führung von Podemos, setzten zumindest Teile der Wahlplattformen darauf, einen „breiten Eingang für ‚amateurismo‘ zu öffnen, der das konstitutive Element demokratischer Politik ist; eine Politik, die die ExpertInnenfunktionen auf das absolut notwendige beschränkt“ (Observatorio Metropolitano 2014: 144, Übers. d. Verf.). Ziel war es, durch eine Demokratisierung von Expertise den Abstand zwischen professioneller Politik und dem Rest der Bevölkerung maximal zu verringern und Politik zu einer Aktivität mehr im alltäglichen Leben zu machen. Mit dieser Strategie gelangen den Wahlplattformen Erfolge in zahlreichen spanischen Städten, mit Ada Colau (vormals Sprecherin der PAH) und Manuela Carmena stellen sie seither unter anderem in Barcelona und Madrid die Bürgermeisterinnen. In Barcelona sind acht der fünfzehn StadträtInnen der von Barcelona en Comú geführten Regierung Frauen, mit dem Stadtratsamt für „Lebenszyklus, Feminismus und LGBTI“ wurde Geschlechterdemokratie institutionalisiert und als politische Querschnittsaufgabe verankert (elPeriódico, 27.05.2017).

#### 4. Fazit

Die Partizipation an den sozialen Bewegungen in Spanien im Kontext der Eurokrise war durch ausgeglichene Geschlechterverhältnisse geprägt als jene in den stärker institutionalisierten Räumen der repräsentativen Demokratie. Inklusive Formen der sozialen Interaktion, eine Politik der ersten Person, die eine Politisierung privatisierter alltäglicher Konflikte ermöglichte sowie kollektives Füreinander-Sorge-Tragen hatten politische Selbstermächtigungsprozesse zur Folge, von denen Frauen überdurchschnittlich stark profitierten. Thematisch öffneten die sozialen Bewegungen Räume, in denen individualisierte und darüber desartikulierte alltägliche soziale und ökonomische Verletzlichkeiten ins Zentrum rückten. Die Bewegungen wiesen dadurch offenere geschlechtsspezifische Selektivitäten auf als Parteien und Institutionen der repräsentativen Demokratie in Spanien, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, während Haus-

halts- und Fürsorgetätigkeiten desartikuliert werden. Hierzu trug auch bei, dass die Bewegungen durch die Beteiligung zahlreicher neuer Aktiver offene politische Bündnisse über Identitätsgrenzen hinweg darstellten, die dadurch noch nicht durch (maskulinisierte) Rekrutierungsstrategien geprägt waren. Trotz dieser ‚Feminisierung‘ von Politik blieben explizit feministische Forderungen innerhalb der Bewegungen umstritten.

Bezüglich der Frage, inwieweit geschlechtsspezifische Selektivitäten der repräsentativen Demokratie dadurch in Spanien kontrastiert, aufgebrochen und im Sinne einer geschlechtergerechten Politik verschoben wurden, ergibt sich ein ambivalentes Bild: Einerseits ermöglichten die sozialen Bewegungen den Aufstieg von Frauen innerhalb der repräsentativen Demokratie (z.B. Ada Colau) und hatten den Einzug geschlechterparitätisch geprägter parteipolitischer Formationen in die Parlamente zur Folge. Andererseits wurden etwa in Podemos mit dem Ziel, Wahlerfolge zu ermöglichen im Sinne einer Anpassung an politische Selektivitäten der repräsentativen Demokratie, potenziell nicht mehrheitsfähige Diskurse relativ marginalisiert und damit potenziell erneut privatisiert, wovon auch feministische Forderungen betroffen waren. Medial am stärksten wahrgenommene Führungsfiguren von Podemos waren Männer (u.a. Pablo Iglesias, Íñigo Errejón). Gegenüber den sozialen Bewegungen geht die parteipolitische Institutionalisierung damit in der Tendenz mit einer Re-Maskulinisierung der Geschlechterverhältnisse einher. Ein starker Bewegungsflügel (wie z.B. innerhalb von Barcelona en Comú und Ahora Madrid) scheint dabei innerhalb der parteipolitischen Formationen egalitärere Geschlechterverhältnisse zu befördern. Insgesamt haben die sozialen Bewegungen in Spanien im Kontext der Eurokrise damit auch innerhalb der repräsentativen Demokratie eine relative ‚Feminisierung‘ von Politik zur Folge, die jedoch graduell und umkämpft bleibt.

## Literatur

- Aldeguer Cerdá, B. (2015): Democracia paritaria, normativa electoral y régimen autonómico para la igualdad de oportunidades. *RIPS*, 14 (2), 33–71.
- Amnesty International (2013): *Egypt: Gender-based violence against women around Tahrir Square*. Online: [https://www.atrria.nl/epublications/IAV\\_Boo108541.pdf](https://www.atrria.nl/epublications/IAV_Boo108541.pdf) [26.9.2017].
- Bailey, David J./Clua-Losada, M./Huke, N./Ribera Almandoz, O. (2017): *Beyond Defeat and Austerity: Disrupting (the Critical Political Economy of) Neoliberal Europe*. London: Routledge.
- Bayat, A. (2010): *Life as politics. How Ordinary People Change the Middle East*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Butler, J. (2016): *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*. Berlin: Suhrkamp.
- Calero, J./Bonal, X. (2004): La financiación de la educación en España. In: Navarro, V. (Hg.): *El estado de bienestar en España*. Madrid: Tecnos, 214–245.
- Calvo, K./ Alvarez, I. (2015): Limitaciones y exclusiones en la institucionalización de la indignación: del 15-M a Podemos. *Revista Española de Sociología*, 24, 115–122.
- Castellanos, C./ Henar, L./ González, E. (2011): Protests in Spain: A Gender Review. *femina política*, 20 (1), 109–112.
- Castellanos Serrano, C./González Gago, E. (2013): „Wirtschaftskrise, Politik, Protest und Geschlecht in Spanien.“ In: Kurz-Scherf, I./ Scheele, A. (Hg.): *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 206–225.
- Colau, A. (2014a): *En la PAH hay un claro protagonismo de las mujeres*. Online: <http://www.feminicidio.net/articulo/ada-colau-%E2%80%9C-la-pah-hay-claro-protagonismo-las-mujeres%E2%80%9D> [10.09.2015].
- Colau, A. (2014b): „Wir treten nicht an, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Wir wollen gewinnen.“ Online: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ada-colau-wir-treten-nicht-an-um-einen-sitz-im-gemeinderat-zu-bekommen-wir-wollen-gewinnen/> [03.10.2014].
- Colau, A. (2015): „Tenemos que feminizar la política“. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=szPecEhBKoE> [26.09.2017].
- Comisión de feminismos de sol (2011): Dossier de la comisión de feminismos de sol. Online: <http://usteamujer.org/sites/default/files/Feminismos%20Sol.pdf> [19.01.2018].
- Cousins, C. (1995): Women and Social Policy in Spain: the Development of a Gendered Welfare Regime. *Journal of European Social Policy*, 5 (3), 175–197.
- Denzin, N. K./Lincoln, Y. S. (2008): Introduction: The Discipline and Practice of Qualitative Research. In: Denzin, N. K./ Lincoln, Y. S. (Hg.): *Collecting and interpreting qualitative materials*. Thousand Oaks, Calif.: Sage Publications, 1–44.
- Diagonal (04.11.2013): „La economía feminista es un pensamiento de ruptura total“.
- Diagonal (22.04.2014): *Tres escenarios y una alternativa para el 25M*.
- Diagonal (21.07.2014): „Decir ‚primarias abiertas‘ es decir poco“.
- Diagonal (07.11.2014): *Podemos y los movimientos*.
- Diagonal (02.12.2014): „Delegar la política nos ha llevado al desastre generalizado“. ‚Diagonal‘ y ‚AraInfo‘ conversan con Ada Colau, impulsora de Guanyem Barcelona, y con Tania Sánchez, ganadora de las primarias abiertas de IU en la Comunidad de Madrid.

- El Español (19.11.2016): *El Congreso sólo tiene a un 30 % de mujeres presidentas de comisión*.
- el Periódico (27.05.2017): *Ellas mandan (distinto)*.
- Errejón, I. (2013): „La idea de nación no debería jugar siempre en nuestra contra“. Online: <https://www.diagonalperiodico.net/asturies/la-idea-nacion-no-deberia-jugar-siempre-nuestra-contra.html-o> [07.12.2015].
- Ganemos Madrid (2014): *Tomar la ciudad, mandar obedeciendo (y desobedeciendo)*. Online: <http://ganemosmadrid.info/tomar-la-ciudad-mandar-obedeciendo-y-desobedeciendo/> [09.12.2015].
- García Escribano, J. J./Frutos Balibrea, L. (1999): Mujeres, hombres y participación política. Buscando las diferencias. *REIS*, 86, 307–329.
- Grueso, S. M. (2013): *15M: „Excellent. A wake-up call. Important“*. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=FPB9eEGqxmY> [26.09.2017].
- Hark, S./ Jaeggi, R./ Kerner, I./ Meißner, H./ Saar, M. (2015): Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. *Feministische Studien*, 33 (1), 99–103.
- Herrera, G. (2012): Starting Over Again? Crisis, Gender and Social Reproduction among Ecuadorian Migrants in Spain. *Feminist Economics*, 18 (2), 125–148.
- Hoecker, B./ Scheele, A. (2008): Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation. *femina politica*, 17 (2), 9–19.
- Huke, N. (2016): *Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen*. Münster: edition assemblage.
- Huke, N. (2017a): Politik der ersten Person. Chancen und Risiken am Beispiel der Bewegung 15-M in Spanien. *Sozial. Geschichte Online*, 21, 211–240.
- Huke, N. (2017b): „Sie repräsentieren uns nicht.“ *Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Iglesias, P. (2014): „Con un gesto así lo que pretendíamos era correr“. Online: <https://www.diagonalperiodico.net/global/21553-con-gesto-asi-lo-pretendiamos-era-correr.html> [27.11.2014].
- Koppetsch, C./Speck, S. (2015): *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten*. Berlin: Suhrkamp.
- Kreisky, E./Löfller, M. (2009): Maskulinität und Staat. Beharrung und Veränderung. In: Ludwig, G./ Sauer, B./ Wöhl, S. (Hg.): *Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Baden-Baden: Nomos, 75–88.
- La Vanguardia (19.07.2016): *El 40 % de mujeres en el Congreso sitúan a España a la cabeza de Europa en número de parlamentarias*. Online: <http://www.lavanguardia.com/politica/20160719/403327678213/40-mujeres-congreso-cabeza-de-europa.html> [19.01.2018].
- León, M./Migliavacca, M. (2013): Italy and Spain: Still the Case of Familistic Welfare Models? *Population Review*, 52 (1), 25–42.
- Lily, S. (2011): *La revolución será feminista*. Online: <http://blogs.publico.es/shangaylily/2011/05/30/la-revolucion-sera-feminista/> [12.01.2016].
- Lux, J./Wöhl, S. (2015): Gender Inequalities in the Crisis of Capitalism: Spain and France compared. In: Bruff, I./ Ebenau, M./May, Ch. (Hg.): *New Directions in Comparative Capitalisms Research: Critical and Global Perspectives*. London; New York: Palgrave Macmillan, 101–117.
- Macías, C. (2013): Del empoderamiento a la autotutela de derechos: El caso de la PAH. *El Viejo Topo* 306/307, 45–48.
- Marín, G. (2015): *Organizarnos para cambiar las cosas: qué debemos aprender del feminismo y de la PAH*. Online: <http://www.feministas.org/organizarnos-para-cambiar-las.html> [10.09.2015].
- Moreno, L. (2006): *España y el bienestar mediterráneo*. Online: <http://digital.csic.es/bitstream/10261/1669/1/dt-0610.pdf> [4.6.2014].
- Municipalia (2014): *Por un municipalismo democrático en Madrid. Es el momento*. Online: <http://municipalia.tumblr.com/post/87808784279/por-un-municipalismo-democr%C3%A1tico-en-madrid-es-el> [11.12.2015].
- Navarro, V. (2004): El estado de bienestar en España. In: Navarro, V. (Hg.): *El estado de bienestar en España*. Madrid: Tecnos, 1–28.
- Observatorio Metropolitano (2014): *La apuesta municipalista*. Madrid: Traficantes de sueños.
- Orozco, A. (2010): Diagnóstico de la crisis y respuestas desde la economía feminista. *Revista de Economía Crítica*, 9, 131–144.
- Pulido Castro, C. (2014): *Las mujeres guían los cambios*. Online: <https://aprendizajescomunes.wordpress.com/tag/pah/> [10.09.2015].
- Rivero, J. (2015): *Podemos*. Barcelona: Planeta.
- Roth, R. (1998): Neue Soziale Bewegungen und liberale Demokratie. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 11 (1), 48–62.
- Sänger, E. (2007): Umkämpfte Räume. Zur Funktion von Öffentlichkeit in Theorien der Zivilgesellschaft. *femina politica*, 16 (2), 18–27.
- Scheele, A. (2011): Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik. *Widerspruch*, 61, 13–20.
- Shahyar, P. (2010): Soziale Bewegungen und Demokratie. In: Wahl, P./ Klein, D. (Hg.): *Demokratie und Krise – Krise der Demokratie*. Berlin: Dietz, 110–121.
- Sitrin, M. (2013): *Occupy Trust: The Role of Emotion in the New Movements*. Online: <http://www.culanth.org/fieldsights/76-occupy-trust-the-role-of-emotion-in-the-new-movements> [07.06.2016].
- Ubasart González, G. (2015): *Podemos, o el reto de patear el tablero*. Online: <http://fundacionbetiko.org/wp-content/uploads/2015/12/Podemos-proyecto-final-web.pdf> [18.12.2015].
- Urbán, M. (2015): „Das Verrückte an Podemos war, dass es von der Bevölkerung sofort überrannt wurde“. Online: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/975100.das->

[verrueckte-an-podemos-war-dass-es-von-der-bevoelkerung-sofort-ueberrannt-wurde.html](#) [03.12.2015].

- Wöhl, S. (2013): „Occupy Wall Street“ – Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf demokratische Repräsentation und politische Partizipation. In: de Nève, D./ Olteanu, T. (Hg.): *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*. Opladen: Barbara Budrich Verlag, 255–282.
- Wöhl, S. (2015): Soziale Reproduktion in der Krise: Spanien und Irland im Vergleich. *Kurswechsel*, 1/2015, 24–32.
- Woltersdorff, V. (2011): Neue Bündnispotenziale und neue Unschärfen. Zum Begriff der Prekarisierung von Geschlecht, Arbeit und Leben. *Feministische Studien*, 29 (2), 206